

Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 40. Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Beistellgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin S.W. 68, Kochstraße 22-26.

10 Pf. - Nr 69 - B 34

DIENSTAG, 10. FEBRUAR 1931

ABEND-AUSGABE - V

Ohne Immunität

150 Strafverfahren gegen Abgeordnete kommen in Gang

Die Staatsanwaltschaften der deutschen Länder haben bereits Dienstag vormittag damit begonnen, die durch den früh um 2 Uhr ergangenen Beschluß des Reichstages über die Immunitätsaufhebung möglich gewordenen Strafverfahren durchzuführen. Die Zahlvermerkmale der Länder sind sich darüber einig, daß diese Durchführung mit aller notwendigen Eile erfolgen soll. Die Hauptverhandlung erstreckt sich auf die preussischen Staatsanwaltschaften, die etwa 150 Strafverfahren gegen Abgeordnete durchzuführen haben; davon kommen mehrere Tausend Verfahren allein auf Berlin, und es wird möglicherweise notwendig sein, das politische Departement der Staatsanwaltschaft I Berlin vorübergehend zu verfrachten.

Die meisten Verfahren sind wegen besonders über Beleidigungen anhängig. Sie sind ferner gegeben, daß Anklage sofort erhoben werden kann. Die Zuständige sind meist klar und zugehen werden nicht erst weiter vorkommen zu werden.

Für die preussischen Staatsanwaltschaften gewinnt jetzt die kürzlich ergangene Verfügung des Justizministeriums besondere Bedeutung, nach der Verfügungen und Einschnürungen der Prozesse mit allen gesetzlichen Mitteln verbunden werden sollen. Eine Einschränkung dieser Bestimmungen ist deshalb besonders notwendig, weil die nationalsozialistischen Abgeordneten, die unter Anklage kommen, schon bisher angeklagt sind, die Durchführung der Strafverfahren durch Bitten um Terminverlegungen und Stellung von Anträgen in die Länge zu ziehen.

Frei Feld

Nun arbeite, Reichstag!

Die Niederbringung der Obstruktion in einer Dauerform, die bis in die dritte Morgenstunden währte, die Verabschiedung der Geschäftsordnungs-Reform (mit 300 gegen 0 Stimmen), der neuen Bestimmung im Verfassungsgesetz, die den Zeitungen verbietet, ihnen Abgeordnete als verantwortliche Redakteure zu nennen, und schließlich die generelle Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, gegen die Auslieferungsbefehle vorliegen — das war nicht nur ein parlamentarischer Erfolg, es war auch ein moralischer Erfolg, der gegen den wüsten Fabulismus ertragen wurde. Man hätte getrost gewünscht, die Schützen des Reichstages möchten sich im Unerschöpflichen weiten und die 140 Millionen Wähler, die gläubig, durch löbliche Worte gelangen, am 14. September nationalsozialistisch gemacht haben, könnten ihre Abgeordneten am Werke sehen. In den hartenzeitgeschichtlichen Parteizeitungen werden sie lesen, in Berührungungen werden sie hören, wach „heroischen Kampf“ die nationalsozialistische Reichstagsfraktion gegen die „brutale Vergewaltigung durch die „Demokratie“ gestanden haben. Wären sie Zeugen dieser Reichstagsfraktion gewesen, dann hätten sie auf der äußersten Rechten die beste Ausgelassenheit eines Hochbierfestes in vorgedruckter Stunde beobachtet können.

Es steht dem schiefst an, über Vergewaltigung zu klagen, dessen Regierungsbild die gewalttätige Diktatur ist; sich auf die Rechte der Opposition zu berufen, wenn er durch Sabotage die Mehrheit am Arbeiten hindern will; sich über Unzulässigkeit zu beschweren, wenn er davon schwärmt, daß Räder rollen werden. Man hat sich an manches gewöhnt und wundert sich nicht mehr, wenn Nationalsozialisten und Kommunisten ganz auf der Tribüne des Reichstages einander beschimpfen. In dem Benachteiligten aber sich mit dem Wachen der Augen begeben und gemeinsam Obstruktions-Pläne schmieden. Doch jeder orientierte Arbeiter an Ernst, den die Extremen zeigten, diese folte Wange, die Singerin-Tränen an der Mauer — das würde doch wie politischer Egoismus sein. Es heißt das alles empfunden wurde, dieses Zornes und Zorns — als praktischer Anführerunterricht war es gerade im Sinne der verfassungstreuen Parteien nicht wegen der Wirkung auf jene Gruppen, die jetzt den Initiationstakt auf Reform der Geschäftsordnung unterziehen, von einigen Monaten aber noch gelaugt haben, daß man mit den Stillen-Jüngern leichter nationale Politik machen könnte. Erinnert man sich der Szene bei der Eröffnungs-Sitzung des Reichstages, bei der Nationalsozialisten in Beunruhigung gelassen in den Saal marschieren, in tiefem Schweigen ihre 107 Plätze einnehmen? Das war Spektakel, aber es blieb nicht ganz ohne Eindruck. Auf diesen gelassenen Einmarsch haben die Mitglieder des Dritten Reiches fetter verachtet; um o häufiger marschieren sie jetzt gelassen aus dem Saal. Und getrennt war es ein einziges Wabern dem Saal in den Wandelgängen und dort zurück. Hinter ihnen her fromm und artig die Beunruhigten, die gut abgerichtet auf den Wind des Herrn folgten. Als vor der Gesamtabstimmung über die Geschäftsordnungs-Reform die Nationalsozialisten zum letzten abgaben, sagte das Gelächter der arbeitswilligen Mehrheit hinter ihnen her. Wenn dieses Lachen auch nicht tötet — es wäre Verleumdung, Größe und Schwere dieses Volkes auf der Basis der Reichspolizei zu untergraben —, ist es doch bezeichnend für die veränderte Einstellung wichtiger Schichten des Bürgertums zur extremen Rechten. Will dieser fünf-Monats-Plan darf die Regierung Prüfung zu finden sein.

„Auf das schärfste zu verurteilen“

Reichsregierung zum Fall des Schiffes „Vogland“

Die Reichsregierung nimmt jetzt, nachdem sie den Fall des Handelschiffes „Vogland“ amtlich hat untersuchen lassen, in einer offiziellen Erklärung zu der Angelegenheit Stellung. In der Erklärung der Reichsregierung heißt es: „Som nationalen Standpunkt ist es nicht nur bezeichnend, sondern auch schärfste zu verurteilen, daß eine Hamburger Reederei ohne Schiff vorgenommen hat, um sich der deutschen Steuererhebung und den Pflichten der deutschen Sozialgesetzgebung zu entziehen.“

Über die rechtlichen Fragen ist nach den offiziellen Ermittlungen folgendes zu sagen: Das Flaggengeleitz der heutigen Handelschiff vom Jahre 1890 regelt nur das Recht zur Führung der deutschen Flagge auf Handelschiffen, verpflichtet aber den deutschen Staatsbürger nicht, die ihm gebührenden Schiffe unter deutscher Flagge zu betreiben. Ob die Reederei Vogemann ihr Schiff im Ganzen oder nur zum Teil an den Staat von Panama verkauft hat, ist nicht bekannt. Nach dem deutschen Flaggenrecht wird das Recht zur Führung der deutschen Flagge von dem Reichswahl abhängig gemacht, daß sich das Schiff ausschließlich in deutschem Eigentum befindet. Weder Voraussetzungen der Staat Panama zum Recht der Führung seiner Flagge fordert, ist beauftragt unbenannt. Weiterrechtlich die Dinge so, daß die Staaten gegenseitig ihre Flaggen anerkennen, lassen ein amtlicher Ausweis über die Führung der Flagge beibringt wird. Das Reichsarchivministerium wird helfen, ob das Schiff „Vogland“ einem gültigen Flaggenausweis von Panama hat und ob es aus dem deutschen Geschäftsbereich gelöst ist.

Mit der Unterlegung des Schiffes unter die Flagge von Panama hat die Geltung deutschen Rechts auf dem Schiffe auf, das in allen Beziehungen nur nach dem Recht Panamas unterliegt. Inwiefern nach deutsche Seerecht auf diesem Schiff Dienst tun wollen, muss diesen überlassen bleiben. Die deutsche Sozialversicherung gilt für deutsche Seeleute auf ausländischen Schiffen nicht. Auch muss es deutschen Vertriebsstellen und deutschen Versicherungsstellen überlassen werden, ihre Waren auf einem solchen Schiffe zu verfrachten oder ein solches Schiff zu versichern.

In der Fortsetzung war der Verkauf deutscher Schiffe an das Ausland unbedenklich zulässig. Erst im Krieg ist durch ein besonderes Gesetz der Verkauf von einer Genehmigung abhängig gemacht worden. Mit der Aufhebung dieses Gesetzes sind nach dem Krieg auch wieder die Ausfuhrkontrollen für deutsche Schiffe. Es wird aber in den juristischen Stellen namentlich errogen, ob aus Anlaß des Falles „Vogland“ eine Ausfuhrkontrolle nicht erneut wieder eingeführt werden soll.

Warum Moskau annimmt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 10. FEBRUAR

Die Annahme der Einladung zu der Sitzung des Europa-Ausschusses wird in der Sowjetpresse lebhaft kommentiert. Die „Wostok“ meint, Moskau habe deswegen durchgesetzt, daß die Sowjetregierung eine eingeladenen Einladung zu den wirtschaftlichen Beratungen erhielt, weil er sich damit zwei Wege offenhielt. Falls Moskau annahm, blieb immer noch Raum zu späteren Verhandlungen. Am liebsten aber hätte Moskau es wohl gesehen, wenn die Sowjetregierung die Ostkränke geliebt und abgelehnt hätte. Diesen Wünschen haben ihnen Einwohnern aber nicht getan.

Weiter äußert die „Wostok“ Beunruhigung darüber, daß in vierzehn Tagen zwei Unterkommissionen des Europa-Ausschusses ohne Teilnahme der Sowjetunion in Genf zusammentreten, wobei möglicherweise die Frage der Agrarimporte und Zollerfreizone erörtert werde. Das Blatt sieht darin eine Gefährdung für den Erfolg des Sozial-Vertrages und meint, auf der Ratung müsse sich die Frage weitläufiger zu öffentlichen Debatten stellen.

Die „Wostok“ stellt in dem Zusammenhang die Frage, was es eigentlich Europa ist, laugnet aber doch nicht völlig, die politische Bedeutung dieses geographischen Begriffes. Wenn auch die Randwirtschaft der europäischen Staaten von den Interessen der Welt weit entfernt ist, so ist doch die Weltwirtschaft im weitesten Sinne ein Weltmarkt, der sich nicht nur auf die europäischen Staaten beschränkt, sondern auch den übrigen Weltwirtschaften gegenüber einen gleichwertigen Austausch mit mehr als ein politischer Vorgang in China. Das

wichtigste Problem für Europa, dieser angelehnten Dame, ist dadurch entstanden, daß ihr 1917 ein Unglück passierte. Sie hat protestieren, dem Ganzen hat sie Bedacht, die nicht die Arbeit hat. Mittleren Europa von der Wohlgeleitheit dieses Sprößlings zu überzeugen. Europa habe seinerzeit verurteilt, den Eröffnung umzubringen, als er schwach war, jetzt ist es zu spät.

Was aber den Europa-Ausschuss anlangt, so habe die Sowjetregierung ihr nicht um Erklärung über seine wiederparabolische Beziehung bitten können, da man nicht wollte, wo diese Aufgabe zu sein. Deswegen sende die Sowjetregierung jetzt eine Delegation nach Genf, um zu unterhandeln, was der Europa-Ausschuss eigentlich ist, was er zu unternehmen will und was er im besonderen von der Sowjetunion will.

Wie die Beispiele zeigen, magt man in Moskau heitere Mienen zu einem Spiel, dem man aber tatsächlich mit größerer Begehrtheit zuhört, als die Demos der „Wostok“ vermuten lassen.

Schweigetag in Indien

LONDON, 10. FEBRUAR

Der nächste Sonntag wird in ganz Indien 14 Tage ein Schweigetag, dem Ganzi hat die Besatzung ausgesetzt, die Regierungsagenten für Politik stehen, die die Hinduthe ist „Schwaben“ vorzuziehen, durch allgemeinen Fasten, wertvolle Festen und wertvolle Veranlassungen zu begehen. Nur ein Gefährde, sich dem indischen Reichsamt im Hinblick der verschiedenen Nationalführern nach Bedingungen aller als bisher zu weihen, darf die nationale Schweigepflicht durchbrechen.

Curtius' Rede

Im 8 Uhr nachmittags versammelt sich der Reichstag wieder, um die Erörterung beim Haushalt des Auswärtigen Amtes fortzusetzen. Heute gibt bereits die neue Geschäftsordnung, Reichsminister Dr. Curtius wird in einer längeren Rede auf alle

M. R.

aktuellen Ereignisse und Fragen der auswärtsigen Politik einschließen. Die Debatte soll sich aber nicht unmittelbar anknüpfen, sondern erst morgen beginnen, weil man noch der entzerrten Nachrichten den Abgeordneten nicht wieder eine lang ausgeübte Beratung gemutet will.

Woher kam die Million?

Ludwig Bernhard als Zeuge

Von welcher Seite ist die Summe von einer Million gekommen, durch die es Jugenber ermöglicht worden ist, der unbefugte Herr des Scherlverlags im Jahre 1916 zu werden? „Ich die „Seite“ eine Regierungsbank gewesen, die durch die Freuentasse den Betrag zur Verfügung gestellt hat. Das ist die Frage, die der Untersuchungsamt des Preussischen Landtags zur Klärung der Streitigkeiten über den Preussentasse fragen sollte. Die Sitzung am Montag hat eine Klärung dieser Frage nicht gebracht, weil die meisten Zeugen aus der Freuentasse sich an die Vorgänge, die zur Freirechtstellung eines großen Anteils an den Lebensversicherungsunternehmen geführt haben, nicht mehr erinnern können. Die Äußerung der Freuentasse über diese Transaktion ist völlig lüdenhaft und ergeben keine Möglichkeit, die tatsächlichen Vorgänge zu rekonstruieren.

Ausgangspunkt für die Untersuchung des Ausflusses war die Behauptung des bekannten Buches von Professor Ludwig Bernhard über die Entdeckung des Scherl-Vertrages, nach dem die Versicherung des „Deutschen Versicherungs“, dem die Scherl-Wälder gehörten, getilgt worden seien durch den Jugenber-Gruppe aufgebracht 6,1 Millionen und einer von Unbekannt zur Verfügung gehalten Summe von einer Million.

Professor Bernhard wurde von dem Ausfluss übernommen. Er schätzte ein, wie sich im Spielplan ein über Rantium gebildet habe, um den Betrag zu sanieren. Nachdem die Jugenber-Gruppe mit ihren Mitteln hinzugekommen ist, hätte immer noch eine Million gefehlt, die schließlich durch Vermittlung der Regierung, aber nicht aus Regierungsmitteln herbeigeholt worden ist. Die eine Million sei als Konventionalliste einer großen Firma beigesteuert worden, deren Verwendung für die Sanierung von der beherrschenden Stelle bestimmt worden wäre. Es ist aber gegeben worden, nicht weiter nach der Quelle des Geldes zu forschen.

Wenn also von dieser Seite eine Klärung der bunten Angelegenheit nicht erfolgen konnte, so erregte ein Brief von Sammerkeins vom 6. August 1914 im Ausmaß großen Aufsehen, den der Reichsrichter Wg. Rüttner verlas. Der Brief ist an die Freuentasse gerichtet und von der Freuentasse als „geheim“ besiegelt.

In dem Brief wird gefordert, es handle sich darum, den Lebensversicherungs-Unternehmen literale Bänke zu verschreiben.

Rechtsbehörden hätten bereits aus eine Million aufgebracht, um weitere zwei Millionen würden zusammengebracht werden, falls der Staat erzwänge, daß das Rechenbuch abgemindert werde. Der Reichspräsident habe energisch, dem Finanzamt gegenüber, den es erforderlich haben Wästel zu bringen. Untersuchungsamt Michels habe diesen Weg aber als unangbar bezeichnet, während er es für möglich hielt, daß die Freuentasse oder die Gewandlung der Kredit vermittele nach eingehender Prüfung der Unterlagen. Politische Gründe, so heißt es in dem Briefe Sammerkeins mit, machen es erforderlich, daß die Verhandlungen über den Entwurf des Scherl-Vertrages verteillich geführt werden.

In einem anderen Schreiben vom 3. April 1914 erklärt sich der Innenminister Dölling damit einverstanden, daß dem Deutschen Versicherungs die Rechtsfähigkeit verliehen werde. Die Begründung des Deutschen Versicherungs, so laut der Minister in diesem Briefe weiter, liegt in dringendem Staatsinteresse, weil nach dem Scherl-Vertrag unter demokratischer Leitung gelangt wäre und damit die Gefahr bestehen würde, daß der „Deutsche Versicherungs“, den die Wälder leiten, in finanziellen Schwierigkeiten gefangen werden würde.

Die Fortsetzung der Jugenbernehmung wurde vertagt.

40-Stundenwoche bei der A. G. C.

Heute mittag fanden Verhandlungen zwischen der Generaldirektion der A. G. C. und dem Generaldirektor der A. G. C. statt. Gegenüber der Einführung der 40stündigen Arbeitswoche für Angestellte mit einer gleichzeitigen Beschränkung von 15 v. H. vereinbart wurde. Die Abmachung ist die Ausweisung der zwischen dem Verband Berliner Metall-Industrieller und den Angestelltenvereinigungen zustande gekommenen Vereinbarung über eine Arbeitszeitverkürzung.

4,9 Millionen Arbeitslose

Gegenüber anders lautenden Gerüchten, die von einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf weit über 5 Millionen sprechen, wird von der Reichsbehörde mitgeteilt, daß sich die Zahl der bei den Arbeitämtern verlässbar Arbeitslosen auf rund 4,9 Millionen Arbeitslose beläuft. (Im vorigen Berichtsstadium — 1. bis 15. Januar — betrug die Zahl 4,765 Millionen Arbeitslose).

Petisch gegen Caro

In dem Familienratte zwischen dem Braunshofenindustriellen Ignaz Petisch und seinem Schwagerer Generalmajor Wilhelm Caro hat der Petisch die Einführung des Sommergesetzes in diesen Tagen eine bemerkenswerte Entschärfung erzielt. Es wurde beschlossen, gegen Generalmajor Caro die Wortunterstützung wegen Unzulänglichkeiten zu eröffnen. Die Äußerung gegen zur Staatsanwaltschaft III gerichtet.

Die australische Drohung gegen England

Um den Zinsendienst

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. FEBRUAR

In der englischen Öffentlichkeit ist man außerordentlich beunruhigt über die unglücklichen wirtschaftlichen und politischen Zustände in Australien. Die Premierminister der australischen Bundesstaaten haben eine komplizierte Finanzkonferenz abgehalten, deren Zweck die Budgetaufstellung gewesen ist. Nachdem aus den Besprechungen einmündig hervorgegangen ist, daß es der australischen Bundesregierung unmöglich ist, den Budget auszugeben, teilte der Premierminister von Queensland den nachfolgenden Antrag eines notwendigen Entscheidung des Zinsdienstes auf, die in England aufgenommenen australischen Anleihen. Der Antragsteller fügte hinzu, daß damit gleichzeitig, den Zinsfuß auf die australische Kriegeranleihe von 5 auf 3 v. H. zu ermäßigen.

Dieser radikale Antrag, der von den fünf anderen Provinzialregierungen kategorisch abgelehnt wurde, führte zu dem Beschlusse, daß die Dauer von drei Jahren jedes australische Zinsfuß für sich ihr eigenes Budget vorzulegen und auszufüllen und daß die Bundesregierung nur „im Falle der Not“ eingreifen haben würde.

Henderson erneuert für Abrüstung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 10. FEBRUAR

In der Londoner Queenshall hat gestern abend eine Demonstrationssammlung zugunsten der Weltabrüstung stattgefunden, auf der Außenminister Henderson der Hauptredner war. Henderson ist ein Anhänger der von unter Schriftsteller vertrieben. Es ist dies die Reorganisation des nationalen Konventionen Komitee über Art durch einen föderalen internationalen Vertrag, durch den sich alle Regierungen verpflichten, bestimmte festgesetzte Quoten für ihre nationale Rüstung auszurufen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verwirklichung der Anfang zu einer großen Abrüstungsaktion in der ganzen Welt liege. Henderson wies auf die Notwendigkeit einer solchen Kampagne hin, da die neue Generation den Krieg und viele Schrecken nicht kennen und diejenigen, die ihn mitemanden, genügt seien, ihn zu vermeiden. Er verzögern sollte die Kriegsvorbereitungen, die die Regierungen treffen, die Waffenlager, die angefüllt würden, und die Gefahren, die damit verbunden sind. Henderson erwähnte in diesem Zusammenhang die Gefahren eines künftigen Luftkrieges und wies dies für London und für England bedeuten würde.

Außenminister betonte am Schluß seiner Rede, daß politische und wirtschaftliche Nationalismus nur Folgen nationaler Interessen seien, die aus der Furcht vor dem Rette hervorgehen und richtete einen Appell an seine Zuhörer, das internationale Chaos der Kriegszeit zu beenden. Dies könne nur durch Abrüstung gelingen.

Abstriche im Marine-Gat von U. S. A.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 10. FEBRUAR

Der neue amerikanische Marine-Gat, der letzten fertig gestellt worden ist, enthält eine Reihe von Abstrichen. Die Reibte — bisher 344 Millionen Dollar — sind um 30 Millionen herabgesetzt, das Flottenpersonal von 80 000 auf 60 000 Mann herabgesetzt worden, während drei Panzerfahrer auf Grund des Flottenplans außer Dienst gestellt werden. Für den Bau von Zerstörer-Zonen-Kreuzern sind statt 30 Millionen Dollar 20 Millionen ausgemessen.

Für die Dienstleistungen sind Rechte von 31 Millionen Dollar veranschlagt, es sind also über eine Million Dollar abgeschrieben worden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß das fünfjährige Programm, das den Bau von 1000 Flugzeugen vorsieht, im nächsten Finanzjahr veranlaßt wird.

Neue Zwischenfälle in Madeira

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 10. FEBRUAR

Die Unruhen auf der Insel Madeira scheinen ernstere Natur zu sein, als es die offiziellen portugiesischen Nachrichten bisher glauben ließen.

Der französische Postdampfer „Corinthia“, der den Hafen von Funchal (Madeira) anlaufen wollte, wurde gesungen, unzulänglich. Bei der Ankunft des Dampfers in Galabona (Marzo) erklärte der Kapitän, daß kein Schiff von zwei Kanonen auf der Befehlsliste vom Stapel aufgebracht worden ist. Unberührt habe er seinen ersten Offizier in einem Boot an Land schicken wollen, um mehrere Kanoniere einzuladen. Die Parlamentäre seien aber an dem Male mit einem Steinwurf empfangen worden. Eine bewaffnete Menschenmenge bedrohte die Mannschaft mit sofortiger Befehlsgebung, wenn sie nicht umkehrte.

In der Londoner City, wo australische Werte im Nominalbetrag von 500 Millionen Pfund an der Börse notiert werden, haben diese fünfjährigen Vorgänge in der australischen Finanzpolitik tiefste Misshagen hervorgerufen und man befürchtet weiter einen unangenehmen Verlauf der australischen Finanzierung. Diese Befürchtungen sind schon allein dadurch begründet, daß die australische Premierministerkonferenz nur sehr mäßige Budgetvorstellungen treffen konnte, sich aber über einen vierstellige noch niedrigeren Punkt, nämlich über die australische Währungsnotwendigkeit mit 120 Pfund für 100 englische Pfund einigte. Die australischen Währungsautoritäten gehen anfangs mit dem am wenigsten nicht angebotenen Plan um, das australische Pfund auf paritätische Bedingungen, wobei aber ausdrücklich Lohnveränderungen ausgeschlossen bleiben sollen.

Ungefragt hat der viel umrittene australische Bundesminister Edward, gegen den ein Korruptionsverfahren läuft, ebenfalls aus dem radikalen Staatsrat einen Antrag gestellt erhalten, wonach Australien von Ostindien abgehängt und bald helfen den Standard seines Reichums, d. h. Warenhandels, einzufröhen solle. Dieser Antrag wurde zurückgestellt.

Nach der deutliche Postdampfer „Samburg“ hat durch Frankreich mitgeteilt, daß er ebenfalls an der Zwischenstation in Funchal verbleiben worden sei und daher direkt den Hafen von Galabona anliege.

Verarbeit an der Agrar-Kreditbank

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 10. FEBRUAR

Eine Sonderdelegation des Finanzkomitees des Väterbundes für die Fragen des Agrar-Kredits ist gestern hier angekommen und hat den Vizepräsidenten der Union von der Firma Sorel & Co. in Bernen, zum Präsidenten gewählt. Außer einer Reihe bekannter Wirtschaftler und Finanzgenossen gehört der Delegation Direktor Dr. Rieger von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt in Berlin an.

Die verschiedenen Verhandlungen wurden von dem haltvertriedenen Generaldirektor Sorel eröffnet, dem übrigens der Plan zu der Agrar-Kreditbank in erster Reihe zu verdanken sein soll und nicht, wie man erzählt hatte, dem Alerteitsmann Soudoux. Sorel erinnerte an die bisherige Arbeit des Väterbundes auf diesem Gebiet und erklärte, daß die neuerdings wieder aufgetauchten Fragen jetzt unter günstigen Umständen gelöst werden könnten. Der Zinsfuß ist billig und man könne Zinsverträge zu vernünftigen Bedingungen in Aussicht nehmen. Die Aktion liege eben im Interesse der Anteilnehmer, wie der Anredebeleg.

Nach die notwendige Auffklärung der politischen Atmosphäre habe bereits begonnen und er glaube, es sei kein übertriebener Optimismus zu sagen, daß die letzte Tagung des Rates und der Europakommission des Väterbundes eine Entspannung und Behebung der öffentlichen Meinungsstimmung hervorzubringen hat.

Amal trat der Delegation kurz das Programm des Finanzkomitees vor, das Schaffung eines internationalen Agrar-Kredit-Instituts vor, das Kapital aufnehmen und gegen Hypothekendarlehen durch Vermittlung der staatlichen oder föderalen Kreditinstitute weiter geben könnte. Die Delegation ist berufen, die wichtigen Fragen zu diskutieren, die sich durch die Begründung eines solchen Instituts ergeben, wie die Art seiner Konstitutionierung, seine Beziehungen zu den Regierungen der Väterbundesstaaten, die Konstitutionierung seines Kapitals und dessen Verwaltung, die Art seiner Geschäftsführung und die Währung, in der gearbeitet werden soll. Zum Schluß gab Sorel, der vor seinem Eintritt in das Väterbundesbüro in Bernen, die französischen Verhältnisse in London war, einen kühnen Ausblick, daß es im Hinblick auf die Notwendigkeit auch leicht sein würde, die politischen Zustimmung für die Errichtung eines solchen Instituts und für die Verwirklichung seines Arbeitsprogramms zu erhalten.

Der Papst dankt

Der Papst hat seine erste Dankansprache am 12. Februar, nachmittags 10 Uhr, an dem Rundfunksender der vatikanischen Station gehalten. Die kurze Ansprache wird in lateinischer Sprache gehalten werden. Im Anknüpfung daran wird der vatikanische Rundfunksender die Einweihungsfeier der Funkstation übertragen.

Hammertein in Stuttgart

Der Chef der Generalleitung, General der Infanterie Freiherr von Hammerstein-Quend, traf in Stuttgart ein, um der württembergischen Staatsregierung einen Brief abzugeben und die Truppen des Generalstabes Stuttgart-Gomfah zu befehlen.

Luxemburg und die deutschen Reparationen

Zwischen der belgischen und luxemburgischen Regierung ist eine Einigung über die luxemburgische Beteiligung an den deutschen Reparationsleistungen auf Grund des belgisch-deutschen Pariser Abkommens zustande gekommen. Luxemburg wird nämlich für die von letzter Seite Ende 1918 zum Umfange zugewandte deutsche Staat-Balanz eine Aufzeichnung erhalten, deren Gesamtwert sich 1000 Belg. für über 100 Mill. Franken beläuft. Damit wäre für Luxemburg die Frage der Maritalortierung erledigt.

